

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Freitag, den 12. Mai 1916.

23. Jahrg.

Belgische Sozialisten über den Krieg.

Aus Belgien wird von einem Genossen, der seit längerer Zeit dort weilte und Gelegenheit hat, mit belgischen Sozialisten, die in der Arbeiterbewegung angesehenen Stellung einnehmen, zu verkehren, geschrieben:

Unter den Sozialisten der kriegsführenden Kulturstaaten Europas herrscht gegenwärtig ein ungeheurer Wirrwarr der Meinungen. Große Mühe kostet es, sich darin zurechtzufinden. Große Ruhe, ein fester Wille, ein ungetrübter Blick und eine felsenfeste Zuversicht auf den Sozialismus sind erforderlich, um sich nicht mit fortziehen zu lassen in jenen Strudel der Meinungen, der blind macht, zur Verwirrung und schließlich zum Haß führt.

Was insbesondere Belgien betrifft, so kennen wir wohl die Aeußerungen Vandervelde, Hunsmans, Desfrées, Dewinnes, de Brodère. Und wenn wir vor allem die Aeußerungen Vanderveldes vernehmen, des bekanntesten internationalen Sozialisten, so könnte es scheinen, daß er im Namen der belgischen Sozialisten in ihrer Gesamtheit spreche. Dies um so mehr, als sich bis jetzt noch niemand in Belgien getraut hat, der eine andere Meinung öffentlich zu bekunden wagte. Trotzdem ist es ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß einer der genannten Sozialisten oder sie in ihrer Gesamtheit die belgische Arbeiterklasse repräsentierten: das trifft besonders auf Vandervelde nicht zu, den internationalen Sozialistenführer im belgischen Ministerium.

Länger als ein Jahr befindet sich der Schreiber dieser Zeilen in jenem Teile Belgiens, der als die Hochburg des flämischen Volkstums, der Merikalen und sozialistischen Bewegung bezeichnet werden kann. Es war mir ein Bedürfnis, Erfahrungen darüber zu sammeln, über die deutsche, französische, englischen Sozialisten und über die Begleiterscheinungen des Krieges denkt. Durch besondere Umstände habe ich Gelegenheit, mit führenden Genossen in Gent in Verbindung zu treten, die für die belgische Arbeiterklasse mindestens das geleistet haben, wie jene anderen, die jetzt so laut zur Welt sprechen. Bei solchen Gelegenheiten wird nicht nur alles erzählt, was zum Kriege geführt, sondern auch die Handlungen der sozialistischen Parteien und die Ausführungen ihrer Führer. Und dies geschieht stets in einem freundschaftlich-sozialistischen Geiste, was für mich eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens bleiben wird. Selbst wenn ich alles Gefühlsmäßige und Spontane auslasse, bleibt noch so viel sachliche und ruhige Beurteilung übrig, daß ich ohne Hebertreibung behaupten kann: Wie ihre Gesinnungsgenossen in Frankreich und England, so treiben die Vandervelde und Genossen ein gefährliches Spiel.

Doch hören wir einen belgischen Genossen selbst, der ein Lebensalter in der belgischen Partei wirkt und an führender Stelle steht. Er sagte mir:

Von einem deutschen Sozialisten werde ich gefragt, wie die wirkliche Meinung der belgischen Sozialisten über den Krieg, seine Ursachen und seine Folgen sei. Als ein Genosse, der fast dreißig Jahre in der sozialistischen Partei in Gent tätig ist, habe ich folgendes zu erklären:

Bei den Erörterungen, die über die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen zwischen den organisierten Arbeitern der kriegsführenden Länder in ausländischen Zeitungen und Versammlungen stattfanden, haben Sie bis heute allein nur die hervorragenden belgischen Kameraden Vandervelde, Hunsmans, Dewinne, de Brodère und Desfrée gehört. Diese Parteigenossen, die weder mit sich selber noch untereinander übereinstimmen, haben hier und da vieles gesagt und geschrieben, das so zusammengefaßt werden kann:

Die Deutschen sind die Anstifter des Krieges gewesen und sie standen fertig zum Angriff.

Die Deutschen haben in den besetzten Landesteilen manche Gräueltat verübt und sich wie Barbaren betragen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben ihre Schuldigkeit gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung nicht getan, noch weniger gegen die Internationale. In Friedensverhandlungen mit der deutschen Sozialdemokratie und mit der deutschen Regierung ist erst dann zu denken, wenn u. a. der deutsche Militarismus zerstückelt am Boden liegt.

Persönlich, so sagte der belgische Genosse, bin ich fest davon überzeugt, daß England, um seine Meinherrschaft auf dem Weltmarkt und auf dem Weltmeer zu sichern, das meiste dazu beigetragen hat, die Menschheit in diesen schrecklichen Krieg zu treiben. Diese englische Regierung ist es letzten Endes auch gewesen, die das schreckliche Bündnis zwischen dem demokratischen Frankreich und dem barbarischen Rußland zu Stande gebracht hat, ein Bündnis, das von allen ehrlichen Sozialisten verdammt werden sollte.

Neher die Gräueltaten der Deutschen haben wir die schrecklichsten Dinge erzählt hören von Leuten, die alles wieder von anderen gehört hatten.

Aber alles das, was wir mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört haben, war genug, um uns von dem Gegenteil zu überzeugen.

Alles Sonstige erscheint mir als hohle Behauptungen von Geistes, die vom Haß verblendet sind. Sie scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß es in der Welt eine Sozialdemokratie gibt, weil es einen Kapitalismus gibt, und daß es in dieser Welt eine Internationale geben wird, solange es eine Sozialdemokratie gibt. Ganz gleich, ob die deutsche Sozialdemokratie mit dem deutschen Militarismus zerstückelt wird oder nicht.

Am engsten finden sich unsere oben erwähnten Kameraden dort zusammen, wo sie erklären, daß ein Frieden nicht zu denken sei, solange Deutschland nicht vernichtet ist. Gleichzeitig müssen wir aber doch zugestehen, daß die militärische Lage der Zentralmächte die denkbar günstigste ist.

Ich darf ganz entschieden hinzufügen, daß ich mit diesen meinen Gedanken nicht allein stehe in der Genter, in der flämischen, in der belgischen Arbeiterbewegung. Das bedeutet, daß die Meinung unserer oben erwähnten Kameraden gewiß nicht als die allgemeine Meinung der belgischen Sozialdemokratie betrachtet werden darf.

Unter den belgischen organisierten zielbewußten Arbeitern gibt es doch auch viele, die etwas von der Geschichte, von der politischen und ökonomischen Weltlage verstehen, die wissen, wie die Engländer es jahrhundertlang darauf angelegt haben, das Weltmeer, den Weltmarkt und die Völker unter ihre Herrschaft zu zwingen und zu halten — und dabei das Zustandekommen einer einflussreichen Sozialdemokratie im eigenen Lande unmöglich zu machen.

Es gibt auch in Belgien gebildete Arbeiter genug, die auch etwas kennen von der deutschen Geschichte, von der deutschen Art, von der deutschen Kunst, von der deutschen Kultur. Diese Arbeiter kennen vor allem auch die deutsche Arbeiterbewegung, die sie stets mit Ehrfurcht und Hochachtung nennen, auch heute noch, als den Geist, als das Rückgrat der Internationale.

Diese denkenden Arbeiter haben sich auch durch die „patriotischen“ Zänkereien glücklicherweise ihre Ueberzeugung noch nicht rauben lassen, daß nämlich der schrecklichste aller Kriege von dem imperialistischen Kapitalismus über die Menschheit gebracht wurde. Diese Arbeiter erkennen den Frieden, ohne zu fragen, von wem oder von wo er kommt. Sie denken allein an die Mittel, die dazu beitragen könnten, um die ganze Kraft des Proletariats wieder zum Kampf für seine eigene Sache zu organisieren. Möge dieser Tag bald kommen!

Wie ist der Name dieses Genossen, könnte man fragen, der sich in dieser ganz anderen Weise äußert? Es sind genug Gründe vorhanden, die es gebieten, den Namen einzustellen zu verschweigen. Denn die Sache tut es doch ganz allein.

Bei Vandervelde wissen wir, daß er belgischer Minister und Vorsitzender der Internationale ist, daß er das Kämpfen bis zum Weißbluten, den Krieg bis zur wirtschaftlichen Erschöpfung predigt. Wir wissen, daß er gegen jede Verständigung müht, gegen jede wirklich positive Tat der Internationale. Vandervelde spricht bestenfalls im Namen eines Teils der wallonischen (französisch fühlenden und denkenden) Arbeiter, niemals aber im Namen der gesamten belgischen Sozialisten.

Wir wissen aber noch nicht alles. Den gewaltigen Einfluß, den Vandervelde aus der Zeit vor dem Kriege ohne Zweifel besaß, benutzte er unter anderem auch dazu, alles zu tun, um das Brüsseler Parteiorgan ohne zwingende Gründe eingehen zu lassen und damit die Brüsseler Arbeiter ihres geistigen Führers zu berauben. Der politische Redakteur des Blattes, de Brodère, war mit dieser heroischen Tat einverstanden. Was das internationale Bureau dagegen oder dafür getan hat, wird sich erst später herausstellen. de Brodère packte seine Koffer und zog, ohne daß eine Notwendigkeit vorlag, ins „Exil“ nach London. Von dort richtete er im Februar dieses Jahres jenen bekannten Brief an die „Humanität“ (abgedruckt auch im Kopenhagener Parteiblatt und in einigen deutschen Parteiblättern), in dem die deutsche Sozialdemokratie auf das gröblichste beschimpft wird.

Auch das mußte einmal öffentlich festgestellt werden. Denn die Wahrheit über alles.

Soweit unser Genosse. Wir ersehen aus seinen Mitteilungen, daß unter den in Belgien gebliebenen Sozialisten doch wesentlich andere Ansichten herrschen, als bei den freiwillig oder unfreiwillig über die Grenze gegangenen Führern. Auch aus anderen Quellen wissen wir, daß besonders in Gent die sozialistischen Gemeinderäte und andere Parteigenossen, die durch ihre außerordentlich lebhaftige Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung sehr häufig in Verbindung mit den deutschen Behörden kommen, sich durch ruhige, besonnene Würdigung der Verhältnisse auszeichnen und nicht in das Schimpfongelöt einstimmen, das uns leider noch immer so laut entgegen tönt. Diese Haltung stärkt die Hoffnung auf eine baldige freundschaftliche Verständigung viel mehr, als noch so schön abgefaßte Manifeste und Resolutionen von Konferenzen, deren Teilnehmer meistens niemand anders als sich selbst vertreten.

Der Wortlaut der amerikanischen Antwortnote.

Der nun vorliegende Wortlaut der amerikanischen Antwortnote an Deutschland deckt sich nahezu völlig mit den von Reuters verbreiteten Mitteilungen, nur klingt sie weniger scharf, als man anfangs vermuten mußte. Wie verlannt, wird die deutsche Regierung diese Note nicht beantworten, da kein Anlaß vorliegt, der letzten deutschen Note noch irgend etwas hinzuzufügen. Es bleibt nun abzuwarten, ob oder welche Schritte Wilson in England unternehmen wird.

Die amerikanische Note lautet:

Em. Excellenz! Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Em. Excellenz die folgende Antwort auf die Note Em. Excellenz vom 4. Mai d. Js. mitzuteilen:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig ermogent worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kundgibt, daß sie ein letztes dazu beitragen will, um — so lange der Krieg noch dauert — die Befähigung der Kriegführung auf die kämpfenden Seestreitkräfte zu ermöglichen, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Gebefehlshabern die Befähigung nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebenen Unterseebootpolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren gebührenden Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich keinesfalls verlassen, daß die jetzt geäußerte Politik der Kaiserlichen Regierung hinter eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die langjährige Gefahr für eine Unterbrechung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland behebenden Beziehungen herbeiführt. Die Regierung der Ver-

einigten Staaten hält es für notwendig zu erklären, daß sie es für angemessen ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuen angelegten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegsführenden Regierung abhängt, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von Seiten der deutschen Marine-Behörden in irgendeiner Weise oder geringstem Grade von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.

Ich ergreife die Gelegenheit, Em. Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

James M. Gerard.

Seiner Excellenz Herrn von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Von den Kriegsschauplätzen. Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab

berichtet am 11. Mai, nachmittags 3 Uhr: Zwischen der Dife und der Ligne schickte ein Handreich gegen einen unserer Schützengraben. Unmittelbar Moulin-Jous-Souvent vollständig. In der Umgegend von Verdun ließ das Gef-

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 12. Mai.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat April auf 1209 (1412), die der Besucher auf 1318 (1517). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorerwähnten Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 151 Personen. Mit hin sind im April 1958 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1295 (1491), darunter nach auswärtig schriftlich 58 (58). Von den Besuchern waren organisiert 329 (313) Personen, und zwar gewerkschaftlich 135, politisch 7, gewerkschaftlich und politisch 187. Unter den verbleibenden 933 Nichtorganisierten befinden sich 772 Angehörige von Organisierten und 9 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 502 (512) männlich, 810 (1001) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1192 (1398); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 120 (115); Organisationen 6 (4). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1050 (1190) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 128 (138), Oldenburg 64 (92), Mecklenburg 18 (50), Preußen 45 (37), und sonstwo 13 (10). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 199 (239), Privatangehörigenschaft (Arbeiterbewegung) 6 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 130 (179), bürgerliches Recht 344 (416), Strafrecht 60 (49), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 526 (561), Vereins- und Veramtlungsgesetz (2), Arbeiterbewegung 9 (5), Privatversicherung 3 (17), Handels- und Gewerbesachen 3 (5), Verjährungsverjährungsrecht 15 (24). Von den Auskünften machten 364 (418) die Anfertigung von 459 (502) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 21 (19) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 236 (300) Postsendungen. Der 27. April zeigte mit 82 (80) die höchste, der 14. April mit 28 (36) die niedrigste Besucherzahl.

Schwindelhafter Vertrieb von Büchern, Zeitschriften und Gedächtnisblättern. Während des derzeitigen großen Wertbrandes haben sich die Beschwerden gehäuft, wonach die Agenten von Sucher-Verlagsgesellschaften in schwindelhafter Weise Bestellungen zu erteilen suchen und leider auch in vielen Fällen Erfolg haben. Ein beliebter Trick ist der, daß sie vorgibt, sie seien von einer gemeinnützigen Einrichtung, etwa dem Roten Kreuz oder dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen mit dem Vertrieb der Bücher und Gedächtnisblätter beauftragt, der Erlös müsse diesen wohltätigen Anstalten zufließen. Sie führen auch auffällige Prospektive mit sich, die nach Abfassung und Inhalt geeignet sind, in dem künftigen Leser diese irrige Meinung zu bestärken. In Wirklichkeit handelt es sich um den gewerkschaftlichen Vertrieb von Waren unter Ausbeutung der Opfergläubigkeit des Volkes. Nur selten fließt ein ganz geringer Bruchteil des Kaufpreises der Wohlfahrtspflege zu. Das Unwesen dieser Schwindler würde so groß, daß der Bundesrat durch eine besondere Verordnung den Schwindel einzudämmen versuchte. Nach dieser Verordnung dürfen nur dann öffentliche Sammlungen für Wohlfahrtszwecke stattfinden, wenn der, der die Sammlung veranstaltet, eine besondere Erlaubnis der Landeszentralbehörde des Bundesstaates, in dessen Gebiet die Sammlung stattfinden soll, erhalten hat. Nur höchst selten erhalten nachgewerbliche Unternehmer diese Erlaubnis, wenn sie mit den Sammlungen eigenartige Ziele zu verfolgen suchen. Trotz dieser Bekanntmachung wird das Volk weiter beschwindelt, was sich aus zahlreichen, in jüngster Zeit bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität in Lübeck eingelaufenen Beschwerden ergibt. Es muß daher dringend zur größten Vorsicht gegenüber fremden Reisenden gemahnt werden. Geben die Reisenden an, sie sammeln für Wohlfahrtszwecke oder ein Teil müsse diesem Zwecke zu, so lasse man sich den vorgeschriebenen Erlaubnischein vorlegen. Man prüfe den Schein auf seine Echtheit, denn häufig werden Scheine gefälscht. Ergibt sich der Verdacht, daß der Reisende in nicht einwandfreier Weise vorgeht, so übergebe man ihn sofort der Polizei oder berichte man möglichst unter Ueberwindung von Ueberführungsängsten der erwähnten Zentralstelle, die dann die geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände treffen wird.

Gewerbegericht vom 11. Mai. Was alles als Vereinbarung gilt. Ein flüchtig hingeworfenes Wort brachte den Chauffeur S., um 70 Mark, die er wegen Lüdigungsloser Entlassung zu beanspruchen gehabt hätte. Seit 8 Monaten beim Unternehmer H. tätig, gab es im April wegen Gummitreifen und Benzin zwischen dem Kläger und Frau S. eine Meinungsverschiedenheit. In deren Verlauf ließ sich die Frau dahin aus, daß sie wegen Gummitreifens den Betrieb einstellen müsse, worauf S. gelangt haben soll, dann könne er ja am Sonnabend ausdauern. Vom Kläger wird diese Äußerung zwar bestritten, doch behauptet die 12jährige Tochter, sie gehört zu haben. Die Beklagte, die bereit ist, diese Worte zu beschwören, sah in der Äußerung eine Vereinbarung sowie eine willkommene Gelegenheit des Klägers, von ihr loszukommen und in andere Tätigkeit zu treten. Sie lehnt den gerichtsseitig angebotenen Vergleich von 10 Mark rundweg ab und leistet den Eid, worauf der Kläger kostenpflichtig abgewiesen wird. Nur einen Entlassungschein soll er nachträglich erhalten. — Wegen Bruchs des Lehrvertrages klagte die Firma G. u. M. gegen den Vater des Dreherlehrlings G. auf 100 Mark Schadenersatz. G. brach das Lehrverhältnis ab, weil er angeblich mehr als Arbeitsbursche denn als Dreher beschäftigt wurde. Der Oberwerksmeister der Firma ist der Meinung, es handle sich um eine leere Ausrede, um von der Lehre loszukommen. G. sei Anfangs ein sehr aufnahmefähiger Lehrling gewesen, der jedoch im zweiten Jahre in seiner Arbeitslust bedeutend nachgelassen habe. Dessen Vater hätte sich beschwert, sein Sohn werde nicht vielseitig genug ausgebildet. Davon könne keine Rede sein, da der Junge an Speisewalzen, Riemenstieben, Hand- und Fahrradern, zum Fräsen, Malen, Gemäldearbeiten und auf Wunsch auch beim Granatendrehen beschäftigt worden sei. Seine Unlust hätte sich auch dadurch gekennzeichnet, daß er im vergangenen Jahre nur 33 Wochen und in diesem Jahre nur 5 Wochen voll gearbeitet habe. Ein Fabrikant als Sachverständiger erstattete diese Lehrlingsfähigkeit an den verschiedenen Maschinen für äußerst vielseitig, sie läßt den Lehrling vollkommen in den Stand, sich später in jedem anderen Betriebe zurechtzufinden. Dies ist die eine Seite der Aussage. Da sowohl der Beklagte wie der Sohn zum Termin nicht erschienen konnten, wird man die weitere Verhandlung erst noch abwarten müssen, um das rechte Bild zu bekommen. Die Verhandlung wurde denn auch vertagt.

Goldregen. In Gärten und öffentlichen Anlagen zieht seit einigen Tagen ein kaumartiger Strahl unsere Aufmerksamkeit auf sich, der in unserer Gegend unter gewöhnlichen Verhältnissen erst am Ende des Monats Mai zur Blütenentfaltung gelangt, und so regelmäßig den Reigen der blühenden Tiersträucher beschließt. Daß er jetzt schon vielfach in voller Pracht vor uns steht, daß er verdammt er allein dem außergewöhnlich milden Winter.

Goldregen nennt der Volksmund diesen Strahl. Und diese Bezeichnung ist durchaus zutreffend, denn wie mit purem Golde überhäufet, leuchtet er uns schon von weither entgegen. Aber, es ist nicht alles Gold, was glänzt; das gilt hier nicht nur wörtlich, sondern auch in übertragenem Sinne. Dieses Gemäch ist nämlich in allen Teilen giftig. Zum Glück kann es bei ewiger Aufmerksamkeit mit keinem anderen Strauch verwechselt werden. Zunächst ist der Goldregen meist höher als jedes andere Ziergewächs dieser Art. Er nimmt bei höherem Alter Baumform an und überragt alsdann sogar den Fliederstrauch. Jedes seiner langgestielten Blätter besteht aus drei elliptischen Teilblättern. Die goldgelben Schmetterlingsblüten hängen in langen, lockeren Trauben herab. Aus ihnen entwickeln sich feidenartig behaarte Hülsen. Dessen Samen enthalten einen bitteren Giftstoff, welcher nach dem Genuss hartes Erbrechen und schwer zu stillende Durchfälle bewirkt.

Wenn es auch unterlagert ist, von den Gewächsen unserer öffentlichen Anlagen Blüten oder Zweige abzuhacken, so wird doch schon dieses Verbot häufig genug gelitten. Besonders beim Schneegang ist es das ein doppelt gefährliches Reagenzglas.

Der Lübecker Gemeinnützige Bauverein hielt am Donnerstag in der Bauhütte seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Buchdruckereibesitzer Coleman gab einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Dieser sowie die Bilanz wurden genehmigt und dem Vorstande Entlassung erteilt. Auf Vorschlag des Vorstandes und des Aufsichtsrates wurde beschlossen, auf die Vereinshäuser rund 4900 Mk. auf das Brausebad 300 Mk. abzuschreiben. Dem Rezerdefonds wurden 573,90 Mk. überwiesen und nach Auszahlung von 4 Prozent Gemeinnanteile an die Genossen nach Maßgabe ihres Geschäftszustandes vom Jahre 1914, was 3018,80 Mk. ausmacht, der Rest von 508,80 Mk. vorgetragen. — Bei den Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat wurden die bisherigen Inhaber der Ämter wiedergewählt.

Frühlingsfahrt der Vermuuden. Die für Donnerstag in Aussicht genommene Frühlingsfahrt der Vermuuden mit dem von dem Hiseebäder-Verein zur Verfügung gestelltem Dampfer „Phönix“, hat wegen des kühlen und feuchten Wetters zu einer weiteren Tag verschoben werden müssen. Die für diese Fahrt ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Ihrer Zweck und Ziele der Hausfrauenvereine hält Frau Boger-Sieg, Schwartau, am Montag, dem 15. Mai im großen Vogensaal, St. Annenstr. 2. einen Vortrag. (Siehe Inserat.)

Liebesgabenwendung. Man schreibt uns: Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben in der verflochtenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: Nach Altona 1 Kiste Wein, 1 Kiste Tabak, 1 Kiste Kuchen, 2 Kisten Konserven, nach Königstein 1 Kiste Wein, 1 Kiste Tabak, 3 Kisten Borten, 3 Kisten Konserven; an ein Lazarett im Osten: 2 Kisten Verbandszeug; nach Rissen: 2 Kisten Konserven, 1 Kiste Verbandszeug; nach Thörn: 1 Kiste Verbandszeug, 2 Kisten Borten; nach Weißen: 1 Kiste Wein, 100 Pfund Honig, 2 Kisten Konserven; außerdem 5 Postsendungen. Der Eingang von Liebesgaben ist nur sehr langsam, während die Wünsche von der Front andauernd reichlich eingeht. Es ist ja erklärlich, daß bei den ständig wachsenden Ausgaben für die Ernährung bei vielen unserer Bevölkerung die Mittel für anderweitige Ausgaben beschränkt werden müssen. Manche unserer Mitglieder, die durch den Krieg reiche Gewinne erzielt haben, sind doch gewiß gern bereit, unsere braven Truppen eine Freude zu machen. Um sie möchte sich die Abteilung mit der Bitte um Beihilfe von Naturgaben wenden. Im Orange der Geschäfte und angeführt der vielen von allen möglichen auswärtigen Sonderkomitees eingehenden Gesuche um Beihilfe, wird dabei oft das Nächliegende zergerissen. Erwünscht sind bringend Gaben von Rotwein, Cognac, Zigaretten, Tabak, Konserven, Kets, braunen Kuchen, sowie wellen Socken und von Einzeleparaturen für Alltagsbedürfnisse. Gaben werden jederzeit gern entgegengenommen. St. Annenstraße 2.

Väter und Mütter der Arbeiterklasse!

Schickt Eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den

Freien Jugend Lübeds!

pb. **Entwendete Kaninchen.** In der Nacht zum Sonntag, dem 7. d. Mts., sind aus einer Bude der Gartenländerien in der oberen Fegelfstraße sieben Kaninchen gestohlen worden. Dieselben sind 1—2 Jahre alt und von schwarzweisses bzw. ganz schwarzes Farbe.

pb. **Eine Vernehmung gestohlen.** Von einem Fußwarte in gestern gegen 9 Uhr vormittags eine Vernehmung, gezeichnet „Norddeutsche Württembergische Lübeck“ abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Falsches Geld.** In den letzten Tagen sind hier mehrere falsche 1/2-Markstücke in Umlauf gesetzt worden. Die Falsifikate tragen das Münzzeichen G und die Jahreszahl 1915.

pb. **Berufshaus.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hier wohnhafter Bäckerlehrling aus Danzig, der sich des Diebstahls zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig gemacht hatte.

pb. **Flüchtige Kuffen.** Dem Marxhof-Gefängnis wurden drei kriegsgefangene Kuffen zugeführt, die auf ihrer Arbeitsstelle in einem bisher unbekanntem Orte in Mecklenburg flüchtig geworden waren.

pb. **Insug.** Aus einem Hause in der Klementenstraße ist in der Nacht zum 8. d. Mts. ein hölzerner Vocker mit Beckmutter-Einlagen aus Insug verschleppt oder gestohlen worden.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch die Einkommensteuer für 1916 in der Stadt Bremen von 7 1/2 auf 8 Einheiten und im übrigen Staatsgebiet von 7 auf 7 1/2 Einheiten erhöht. Von dieser Erhöhung werden 300 000 Mk. erwartet. Der weitaus größere Teil des 5 Millionen Mark betragenden Defizits wird durch progressiv gestaffelte Zuschläge aufgebracht werden, die bei einem Einkommen von mehr als 5000 Mk. mit 80 Pfg. einsehen und in den folgenden Stufen bis zu einem Einkommen von 4000 Mk. um je 80 Pfg. und von da an allmählich weiter steigen, bis sie bei einem Einkommen zwischen 3000 Mk. und 3100 Mk. mit 20 s. d. des Steuerbetrages den selben Satz der ersten Aufschlagstufe erreichen. Gewisse Personen beantragte, das steuerfreie Einkommensminimum von 300 auf 1500 Mk. zu erhöhen. Obwohl unser Redner nur einen Bericht forderte, lehnte man den Antrag ab, da dadurch etwa die Hälfte der Steuerzahler ausfallen, was besonders zur jetzigen Zeit nicht angeht. Der Antrag wird natürlich wiederbelehren. — Den Gasanstalten Bremerhagens und Begeleit sollen Zuschüsse aus dem Ertrage der Einkommensteuer geleistet werden. Bremerhagens wird 100 000 Mark erhalten, Begeleit mindestens 20 000 Mark. — Gewisse Donatisten, welche, das

Bremerhagens die gleiche Summe an neuen Steuern aufbringen müßte, wodurch z. B. die Erhöhung der sozialen Mietersteuer erfolgen könnte. — Ein Antrag wegen der Erhebung der Zitiationsbestimmungen für Lehrerinnen usw., der von bürgerlicher Seite gestellt wurde, gab dem Genossen Holzmeier Gelegenheit, unsern Standpunkt über die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau darzulegen. Prof. Frick beantragte, für in Not geratene ehemalige weibliche Beamte, Wiven usw. die Wiederanstellung zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde angenommen. — Genosse Bergmann begründete einen Antrag, der die Polizeibehörden im Bremer Staat berechtigt, eine Fleisch- und Fettbestandsaufnahme vorzunehmen in den in Betracht kommenden Geschäften. Die Schlachter wollen die Einziehung von „Sachverständigen“. Mit diesem Antrag wurde der Antrag angenommen.

Der amtliche Kriegsbericht.

W. Grube's Hauptquartier, 12. Mai. (Abends.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Südlich des Hohenzollernwerkes bei Sukum stärkten rüstliche Detachements mehrere Linien der russischen Stellung. Bisher wurden 127 unbeschädigte Gefangene eingebracht und mehrere Maschinengewehre beschlagnahmt. Der Gegner erlitt außerdem erhebliche Verluste, besonders bei seinem erfolglosen Gegenangriff.
In den Argonnen scheiterte ein von den Franzosen unter Bezeichnung von Flammenwerfern unternommener Angriff gegen die Wille Warte.
Im Masgebiet herrschte heftige Artillerietätigkeit. Von einem schweren französischen Angriffswort im Thiamontwald abgesehen, kam es zu keiner nennenswerten Infanterietätigkeit.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Ein deutsches Flugzeuggeschwader besetzte den Bahnhofs Kurudjez an der Linie Krasin-Minsk ausgiebig mit Bomben.
Balkan-Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse. Oberste Heeresleitung.

Gewerkschaftsbewegung.

Sie bleiben die Alten — wir auch! Ende März fand in Berlin eine Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie statt, um zu der tags darauf folgenden Tagung der „Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände zur Streitversicherung“ Stellung zu nehmen. Nachdem festgestellt worden war, daß im Jahre 1915 Forderungen für Streikwahlen an die Zentrale nicht gestellt worden seien, wurde mitgeteilt, daß dem Hauptausschuß für nationale Arbeiter- und Berufsvereine (das sind die gelben Gewerkschaften) ein Interimsbeitrag bewilligt werden sollte. Hieran knüpften sich sehr interessante Ausführungen. So meinte ein Redner, die Streitgewerkschaften, vor allem die von ihnen geschaffenen Einrichtungen befänden sich in einer vorteilhaften Lage. Zudem habe sich der Gegenstand in der freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei erheblich verschärft. Die Verhältnisse legten den Gedanken nahe, ob nicht erst jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wahrzunehmen, gegenüber dem derzeitigen ungeliebten Zustand, wirtschaftliche Fragen nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments, das wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden muß, erachte er als ein dringendes Erfordernis. Vielleicht in Form einer besonderen Kammer für wirtschaftliche Fragen im Reichstage. Der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, den Gedanken des Zusammengehens mit der organisierten Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, näher zu treten, jedoch in äußerst vorsichtiger Form. Diese Aufgabe müsse der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zufallen. ... Das lasse sich nur durchsetzen, jagte ein anderer Redner, wenn die Streitgewerkschaften von dem Grundtaste ihres Kampfes gegen die Arbeitgeber abgehen. Das lasse vorderhand nicht zu erwarten. Um in der Arbeiterklasse immer mehr das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Werk und Arbeiterklasse zu stärken, sei es zweckmäßig, die werksfreundlichen Gewerkschaften, die diesen Zweck zu erreichen streben, zu unterstützen. Ein Redner aus Sachsen beschwerte sich darüber, daß die sächsische Regierung die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehe, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorliege. Zum Punkte „Reichsvereinsgesetz“ wurde festgestellt, daß alle Unterverbände in ihrer Ablehnenden Haltung gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen einheitlich seien. Die letzten Ansichten der Herren Verbände zu geeigneter Zeit schon zurückgedreht werden. Die Gewerkschaften gehen nach dem Kriege unbeirrt ihren vorherigen Weg weiter, ohne sich von rechts oder links abdrängen zu lassen. Sie werden die ihnen anvertrauten Interessen auch in Zukunft in der energiglichsten Weise wahrnehmen.

Der Landarbeiterverband zählte nach hjährigem Bestehen bei Kriegsbeginn 22 331 Mitglieder. Wenn am Schlusse des Jahres 1915 noch ein Bestand von 8150 Mitglieder verzeichnet werden könnte, darf dies wohl unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse ein verhältnismäßig gutes Ergebnis genannt werden. Im Schluß des Jahres 1914 wurden 12 275 Mitglieder darunter, 1007 weibliche gezählt. Bis Ende 1915 waren 8514 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Da aber 1704 Rekrutenahmen erfolgt, so ergibt sich ein Verlust außer den ermittelten Einberufungen von 1884 Mitgliedern. Reststellungen in einzelnen Ortsgruppen beweisen jedoch, daß von einem eigentlichen Verlust in dieser Höhe nicht geredet werden kann, denn darunter befinden sich noch eine große Zahl Einberufener, worüber dem Verband nichts gemeldet wurde. Als im Kriege gefallen sind bei Schluß des Vorjahres 381 Mitglieder gemeldet. Leider wird auch diese Zahl bedeutend höher sein. Die Mitglieder verteilten sich auf 38 Ortsgruppen. Natürlich sind die Mitglieder an bedeutend mehr Orten in Deutschland verbreitet, denn es befinden sich nicht zahlreich, und zahlreiche Einzelmitglieder werden von den Leitern vermisst. Eingesommen wurden 64 014 Mk., ausgegeben 68 410 Mk. Von den Ausgaben sind zu nennen: Krankenkassenbeitrag 15 946 Mk., Sterbegeld 2140 Mk., Rechtschutz 2468 Mk. Da die Landwirte so viel schreiben und reden von einer großen Steigerung der Landarbeiterlöhne in der Kriegszeit, unter Berufung auf die Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte hat der Verband Material gesammelt, das das Gegenteil beweist. Durch die Arbeitervertreter in allen Körperschaften ist dieses Material verwendet worden. Es ist seitdem in dem agrarischen Weltmarkt etwas ruhiger mit dem allgemeinen Berede von den hohen Landarbeiterlöhnen geworden.

Aus Nah und Fern.

Kriegsgewinne. Die Obersächsische Metallgesellschaft für Fabrikation von Lignos, Schweißfabrik für Eisen und Marine verteilte 21 Prozent Dividende und verteilt 112 000 Mk. in Form 4proz. Dividende. Die Staats-Lignoswerke bezeugten 65 338 Mk. Bei 4 462 750 Mark Kapital wurden 120 000 Mk. Dividende verteilt. — Der Eisen-

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Der Reichstag

hatte als ersten Punkt auf der Tagesordnung seiner Donnerstag-Sitzung den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die sozialdemokratischen Anträge auf Einstellung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleiteten Verfahrens und die Aufhebung der über ihn verhängten Haft für die Dauer der Sitzungsperiode. Den Bericht erstattete der fortschrittliche Abg. v. Payer. Es muß hervorgehoben werden, daß er nicht — wie das ja auch selbstverständlich ist, aber nach dem zum Teil einen anderen Anschein erweckenden Kommissionsbericht so ausschlaggebend — den Abg. Dr. Liebknecht der ihm zur Last gelegten Straftaten für schuldig erklärte. Der Geschäftsordnungsausschuß würde ja auch seine Aufgabe vollständig verlassen und dem Spruch des Gerichts in unerwarteter Weise vorgreifen, wenn er die Frage der Schuld des unter Anklage stehenden Abgeordneten unterjücken würde. Der Ausschluß hatte nur die Entscheidung des Hauses vorzubereiten, ob es zulassen wolle, daß eines seiner Mitglieder durch Anhaltung in Haft den Verhandlungen des Reichstags entzogen werde. Bekanntlich hat der Ausschluß die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und woran danach nicht mehr zu zweifeln war, das ist eingetreten: die große Mehrheit des deutschen Reichstages hat zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Volksvertretung beschlossen, die über eines seiner Mitglieder verhängte Haft nicht aufzuheben.

Man kann von einer Debatte über die sozialdemokratischen Anträge im Plenum nicht sprechen, denn es nahmen nur diejenigen Parteien das Wort, die entschlossen waren, für die Anträge zu stimmen, und man hörte als Redner aus dem Hause nur Landsberg für die sozialdemokratische Fraktion, Haase für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und Dr. v. Laszowski für die Polen. Die beiden sozialdemokratischen Redner betonten, daß es sich um das Recht des Reichstags auf die Teilnahme aller seiner Mitglieder an seinen Verhandlungen drehe und daß kein subjektives Empfinden ein Abgehen von der ständigen wohlbedachten Uebung des Parlamentes rechtfertige. Darüber hinaus unterstrichen sie, daß doch sehr wohl eine ganz andere Beurteilung des Dr. Liebknecht zur Last gelegten Verhaltens möglich ist, als sie in den bisher angelegten Akten, d. h. also namentlich in der Meinung der vornehmenden Polizeibeamten und Untersuchungsrichter zum Ausdruck komme. Wenn Haase mitteilen mußte, daß der Ministerialdirektor Dr. Gernald die Einfindung der Gerichtsakten mit der Begründung verlangt habe, der Reichstag werde zweifellos die sozialdemokratischen Anträge ablehnen, er halte es aber, um dieses Ergebnis zu erzielen, für unerlässlich, daß die Akten sobald als möglich eingesehen werden — so wird namentlich der Reichstag, da sich Dr. Gernald zu dieser in der Tat sehr bemerkenswerten Angelegenheit nicht äußerte, sich noch damit befassen müssen.

Es sei noch erwähnt, daß die Abstimmung eine namentliche war, daß sich zwei Klassen und nicht, wie in bisherigen Blättern zu lesen ist, zwei Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Die fortschrittliche Volkspartei stimmte mit der Mehrheit. Die Weiterberatung der Novelle zum Reichsvereinsgesetz brachte eine Oppositionsrede des konservativen Abg. Dr. Dertel, der sogar Ministerialdirektor Dr. Gernald entgegentrat, allerdings nur, um zu betonen, daß die Vorlage ja das Vereinsrecht selbst in keiner Weise erweitert. Für die Nationalliberalen trat Dr. Junk zu den Befürwortern der Vorlage hinzu, selbstverständlich fand sie auch in dem Polen Dr. von Trampczynski einen Verteidiger, während ein Redner der deutschen Fraktion ähnlich wie Dr. Dertel für die Aufrechterhaltung der „patriarchalischen Verhältnisse“ auf dem Lande eintrat. Die Weiterberatung am Freitag wird zunächst der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft das Wort geben.

Der Werwolf.

Roman von Wilhelm Alexis (W. Häring).

65. Fortsetzung.

„Wie war doch der Vorfall?“
„Der König hat sich und der guten Sache durch Uebereifer oder Ungehörigkeit geschadet; sein Wille war gut. Einige der vornehmsten Familien in Landsberg hielten schon seit einem Jahr, was sie nennen, reformierte Zusammenkünfte in einem alten Hause, das ehemals eine Kirche gewesen. Ihr Anhang wuchs mit jedem Tage. Im Zerber darüber ließ der Bruder Eustach sich zu allerhand Künstsüchlein verleiten, vielleicht war es aber auch mehr; er hat mir wenigstens versichert, daß er Gott innig gebeten, die Lasterer zu erschrecken.“
„Durch Knallerbüben und Tausendstrafen an der Wand.“
„Dies lasse ich dahingestellt; der Bruder Eustach hat seltene Kenntnisse in der Magie. Als das Gekloppe, wie wenn die alte Treppe einstürze, die Keger erschreckt, daß sie sinnverwirrt niederfielen, und der heilige Nikolaus in übermenschlischer Gestalt mit einem Bege! Bege! unter sie trat.“
„Nämlich der Bruder Eustach in einem langen roten Rechenkleide.“
„Blieb er unglücklicherweise mit seinen gelben Pantoffeln an einem Nagel hängen und strauchelte.“
„Und fiel mit samt der Stange, worauf ein Kürbiskopf war, und sie erwachten aus ihrem Schreck und prügelten ihn durch. Das ist die große Geschichte.“
„Sie haben ihn entsehtlich gemißhandelt. Wenn nicht der Rat einschritt, wäre er nicht mit dem Leben davon gekommen. Man erschrickt, wenn man ihn sieht.“
„Und solch Gefindel willst du mir vorstellen; wagst meiner Gnade und Gunst einen Taschenspieler zu empfehlen.“
„Verspöhen überall, fast ohne Obdach, wirft er sich zu Euer Durchlaucht Füßen, um Mitleid flehend. Ich liebe ihn nicht, noch empfehle ich ihn, aber ich liebe seinen reinen Glauben und guten Willen. Auch hat er, wie man sagt, seltene Kenntnisse in den verborgenen Kräften der Natur.“
„Es ist schändlich, durch solche Mittel die Autorität der Kirche aufs Spiel zu setzen.“
„Besonders wenn es so ungeschickt geschieht. Somit sind mehrere von Euer Durchlaucht Räten der Meinung, daß wo das Volk mit besonderer Geschäftigkeit den Diener eines Fürsten ansehet und verfolgt, was doch immer weniger um des einen Fehlers willen geschieht, den er sich zu schulden kommen ließ, als weil sie die Gelegenheit ergreifen, ihren Haß gegen ihn zu zeigen, weil er seinem Herrn treu diene und in seine Intention eingang.“

Donnerstag, den 11. Mai 1916.
46. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstich: Kommissare.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Anträge Abrecht (Soz.) und Bernstein (Soz. Arb.) auf Haftentlassung des Abgeordneten Liebknecht und Einstellung des gegen ihn eingeleiteten Militärgerichtsverfahrens für die Dauer der Session.
Berichterstatter Abg. v. Payer (Wpt.): Die Kommission hat nach Prüfung der ihr zugänglich gemachten Untersuchungsakten des Igl. Kommandanturgerichts der Residenz Berlin gegen den Landsturmann Karl Liebknecht wegen Kriegsverrats und anderer Vergehen zunächst den Tatbestand festgestellt. Es ergab sich folgendes: Am Abend des 1. Mai nach 8 Uhr fanden auf dem Potsdamer Platz Ansammlungen statt, zu denen sich etwa 200 Personen meist jugendlichen Alters und Frauen eingefunden hatten. Nach der Schilderung der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten und Unteroffiziere wurden die Ansammlungen von den Schutzleuten weitergehoben, die und da wurde die Straße abgeperrt, es wurde auch etwas gelärmt und gehöht, im allgemeinen aber verhielt sich die Menge ruhig. Während der Bemühungen der Polizei, den Bürgerkrieg vor dem Fürstentum zu säubern, rief ein Mann aus dem Menschenmangel mit lauter Stimme: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Er wurde zur nächsten Polizeistation abgeführt, wobei er sich gegen die Abführung sträubte. Es stellte sich heraus, daß es der Abgeordnete Liebknecht war. Er wurde in Haft gehalten, und am folgenden Tage wurde auf Veranlassung der Kriminalpolizei, weil er in Verdacht stehe, die Straßenkumultationen eingeleitet zu haben, in seiner Wohnung und seinem Bureau eine Hausdurchsuchung abgehalten. Es wurden bei ihm 120 kleine Handzettel mit der Einladung zur Straßenkumultation am 1. Mai und 1300 Flugblätter betitelt „Auf zur Maifeier!“ gefunden. Liebknecht hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er sich nach dem Potsdamer Platz begeben habe, um sich an der Maidemonstration zu beteiligen, er habe dort verschiedene Gesinnungsgenossen getroffen, deren Namen zu nennen er verweigerte. Mit seinem Ruf „Nieder mit der Regierung!“ habe er seine Ueberzeugung öffentlich bekundet wollen, daß es Pflicht der Regierung sei, den Krieg zu beenden und Aufgabe des Volkes, es ihnen entsprechenden Druck auf die Regierung auszuüben. Er halte sein Auftreten nicht für strafbar, sondern für eine Pflicht gegenüber den großen Massen des deutschen Volkes, wie auch in den anderen kriegsführenden Staaten, in denen seine politischen Gesinnungsgenossen in gleichen Sinne tätig wären, wie er in Deutschland. Es wurden dann gegen ihn zwei Haftbefehle erlassen, in denen ihm u. a. vorgeworfen wird, durch sein Vorgehen einer feindseligen Macht Vorschub geleistet zu haben. Zu juristischen Fragen konnte die Kommission selbstverständlich nicht Stellung nehmen. Die Verlesung des Flugblattes im Plenum erscheint nicht angängig, zumal es den meisten Mitgliedern bekannt ist. Die Maifeier wird in ihm zum Inhalt genommen, um in schärfster Weise für den Krieg eine Reihe einheimischer Stände und Erwerbszweige und die Herrschaft unserer Regierung verantwortlich zu machen, die Arbeiter und vor allem die Frauen werden aufgefordert, die Menschheitsgesellen nicht weiter zu ertragen, die Völker müßten sich über die Grenzsperrungen und Schlachtfelder hinweg die Hand reichen, die Arbeiter werden im Anschluß daran zum Kampfe nicht gegen unsere Feinde draußen, sondern gegen die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und ihren geschäftsführenden Ausschüß aufgefordert. Die Kommission hält die Anklage für eine ernsthafte, bei der eine Verurteilung möglich ist. Das Verhalten des Abg. Liebknecht hier im Hause mußte selbstverständlich ohne Einwirkung auf die Entschärfung des Ausschusses sein, aber die Frage, ob das Haus und die Allgemeinheit ein so großes Interesse an der Mitarbeit des Abgeordneten hat, um der Gerechtigkeit in die Arme zu fallen, hat die Mehrheit der Kommission verneint. Die Folgen derartiger Demonstrationen lassen sich nie übersehen, auch muß man bedenken, wie sie auf das Ausland wirken. Die bisherige Praxis des Reichstags verpflichtet nicht, die Einstellung eines Verfahrens in allen Fällen vor allem nicht mitten in einem Kriege zu verlangen. Zumal der Abg. Liebknecht erklärt hat, seine Anschauungen auch weiterhin rücksichtslos vertreten zu wollen. Ich bitte daher um die Ablehnung beider Anträge.

Abg. Dr. Landsberger (Soz.): Es gibt nicht einen einzigen Fall in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands, in dem der Reichstag einen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens wegen eines seiner Mitglieder nicht angenommen hat. Selbstverständlich hat er dem betreffenden Abgeordneten damit nicht einen Freibrief zur Begehung strafbarer Handlungen ausgestellt. Er hat die Immunität niemals als Recht des einzelnen Abgeordneten betrachtet, sondern als ein Recht des Reichstags. Dem Einwand, daß mit der Aufrechterhaltung der Immunität die

Rechtspflege gehemmt werde, ist entgegenzuhalten, daß, wenn man das nicht wollte, der Artikel 31 in die Verfassung nicht hätte aufgenommen werden dürfen. Für die unbedingt Aufrechterhaltung der Immunität spricht, daß das Interesse an der Vollständigkeit des Reichstags höher steht, als das Interesse der Rechtspflege daran, daß ein Abgeordneter sofort abgerichtet werden kann, ferner der Gesichtspunkt, daß die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen im ganzen Lauf der Geschichte nur durch den unbedingt sichern Schutz der Personen der Reichstagsmitglieder sich hat aufrecht erhalten lassen. Und drittens muß, wenn man den Artikel 31 der Verfassung überhaupt anwendet, bei seiner Handhabung ein bestimmtes Prinzip zum Ausdruck kommen, damit selbst der Schein ausgeschlossen ist, daß die Handhabung von Parteirücksichten geleitet sei. In der Sitzung des Plenars am 10. April hat der Abg. Windhorst aus dem Reichstage die besondere Pflicht aufgetragen, nach allen Richtungen hin und nur aus der Sache zu urteilen. Im Jahre 1869 war gegen den Abg. Mendel ein Verfahren wegen Räubersführerschaft bei einem Aufruhr eingeleitet, ein Verbrechen, auf das ebenfalls Zuchthaus bis zu 10 Jahren steht. Trotzdem führte der nationalliberale Führer Herr v. Bonningen aus: Wir müssen uns hüten, daß wir auch nur in dem Schein geraten, als ob wir unsere Mehrheit gebrauchen wollen, um die Minderheit zu unterdrücken. Stets hat der Reichstag ohne Ansehen der Partei und Person den betreffenden Antragern stattgegeben. Nun zu dem vorliegenden Fall. Dem Wortlaut des Flugblattes teile ich nicht mit, er ist wohl auch fast allen bekannt. Ich unterbreite auch nicht, in wiefern sich der Abg. Liebknecht strafbar gemacht hat, ich stehe hier nicht als Jurist, sondern als Parlamentarier. Die Person des Abg. Liebknecht ist mir vollkommen gleichgültig, ich habe weder Beruh noch Reue, ihn zu verteidigen, ich verteidige ausschließlich ein Recht des Reichstags. Der Reichstag hat nicht über den Abg. Liebknecht zu Gericht zu sitzen, dazu sind die nach dem Gesetz dazu bestellten Richter befugt. Der Reichstag hat lediglich nach politischen Gesichtspunkten zu urteilen. Nur wenn es sich um eine Scheinanklage handelt, würde der Reichstag auch in die materielle Rechtsfrage eingreifen dürfen, um seine Mitglieder zu schützen. Ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor. Für meine Freude kommt es allein darauf an: was kommt dem Reiche und dem Reichstage, und da darf der Reichstag nicht ein Recht preisgeben, das er beinahe 50 Jahre eifrig gewahrt hat. Wenn auf irgend einem Gebiet, so muß es hier heißen: widerstehe den Anjängen! Die theoretische Möglichkeit, zur früheren Praxis zurückzukehren, besteht natürlich. Man verlegt einen Grundsat, ein zweites- und drittensmal wert leichter. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Kommission hat die Zeit und die Schwere der Tat mit berücksichtigt. Wenn Sie unteren Antrag ablehnen, schaffen Sie daher einen Präzedenzfall, der gerade in Zeiten schwerer Parteikämpfe der Ausgangspunkt für Durchlöcherung des Immunitätsprinzips sein kann. Gerade in Zeiten größter Erregung ist die Wahrung dieses Privilegs ganz besonders wichtig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es kommt beruht wenig darauf an, daß in ruhigen Zeiten ein Mitglied des Reichstags während der Sitzungsperiode durch irgend einen unbedeutenden Prozeß an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit verhindert wird. Aber in Zeiten schwerer innerer Erregung könnte leicht ein Staatsanwalt auf den Gedanken verfallen, die Hauptrolle der Opposition durch irgend welche Anschuldigungen und das Gerangel nach ihrer Auslieferung ungeschädlich zu machen. Gerade da ist die Immunität wichtig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn von der Schwere der Tat gesprochen wird, so wird es dahingekommen, daß man bei späteren Fällen sagen wird, jetzt liegen ja sogar Umstände vor, die diese Tat noch viel schlimmer erscheinen lassen als die war, deretwegen wir damals von unserem Immunitätsrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Liebknecht will durch Appell an die Massen die Regierung zum Frieden zu zwingen, eine Regierung, die bereits wiederholt ihre Friedensbereitschaft vor aller Öffentlichkeit ausgesprochen hat. Es könnte der Fall vorkommen, daß einmal aus irgend einem strafrechtlichen Gesichtspunkt von Ihnen die Auslieferung eines Mannes verlangt würde, der es umgekehrt unternommen hätte, die Regierung während eines Krieges zur Anwendung von Methoden zu zwingen, die zur Verhängung und zur Verschärfung des Krieges und zu einer erheblichen Verschlechterung der Lage Deutschlands führen müßten. (Sehr gut! bei den Soz.) Wegen der Ihre Stellungnahme zu solchen Anträgen von der Schwere der Tat, die in Frage steht, abhängig, so sehen Sie an die Stelle der festen Grundzüge das subjektive Ermessen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und die größere oder geringere dialektische Gewandtheit, wir haben unseren Antrag im Interesse des Reichstags und des Reiches eingebracht. Wir haben die Gründe, die die Mehrheit der Geschäftsordnungskommission zur Ablehnung veranlaßt haben,

die Räte, erlaube ich mir zu sagen, welche ich darum fragte, waren der Meinung, daß es des Fürsten Pflicht in solchen Dingen sei, um seiner selbst willen einen solchen Diener nicht fallen zu lassen. Ein Regent müsse dem Volke immer zeigen, daß niemand ungestrast seinen Intentionen sich widersetzen dürfe, und daß er die zu schützen wisse, welche, wenn auch sonst nicht fehlerfrei, seinen erhabenen Willen als das höchste Gesetz erkennen. Was ich übrigens der Entscheidung meines Fürsten allein anheim stelle.“
„Moran du wohl tuft. Der König kann warten, bis ich die Laune habe, ihn zu sehen. Sobald die Nachrichten aus Stendal eingehen, erwarte ich dich mit Schrecken. — Noch eine Nachricht?“
„Keine, mein Fürst; nur meinet man aus Brandenburg, daß die Ketzert für Dietrich von Gardelegens Aufkommen wenig Hoffnung geben. Es wäre recht betrübend, wenn dieser fromme Mann nur so kurze Zeit seines Bistums sich erfreuen sollte.“
„Damit du es auf recht lange Zeit forntest?“
„Durchlauchtigster Herr, wenn je mein Sinn bei diesem Gedanken verweilt.“
„Dann?“
„Empfand er den gedrückenden Schmerz der eigenen unwürdigkeit zu dem hohen Amte.“
„Und weiter.“
„Könnte mich nur der Gedanke trösten, daß ja meine ganze Tätigkeit nur und allein dem Dienste meines Fürsten gewidmet sein sollte. Wohin er mich stellt, da stehe ich; wohin er mich sendet, dahin gehe ich.“
„Das sind gute Gedanken. Du gehst nach Innsbruck, Wien, vielleicht nach Hispanien.“
„Zu viel des Vertrauens. Aber werden auch meine Kräfte ausreichen, frage ich mich, wie die des großen, unvergessenen Mannes — Hieronymus war darin einzig — dort für meinen Herrn an des Kaisers Hofe zu wirken, und hier als Herr meine große Herde zu weiden.“
„Das letztere soll dich nicht kümmern.“
„Erhöchtester Herr, welche höhere Pflicht gibt es für einen Bischof?“
„Wer spricht vom Bischof; da wirkt mein Legat.“
„Und für das Bistum.“
„Hab ich den Domherrn Jagow designiert.“
„Der Probst mühte sich kein vollkommener Diplomat sein; er fuhr zusammen, entfärbte sich und blähte mit halb offenem Munde auf den Kurfürsten, ob das Ernst sei.“ — Es war Ernst.
„Ich glaubte.“
„Dah ein treuer Diener nichts höher schätzen sollte als den Willen seines Herrn.“
„Ich bekenne — die Nachricht ist für mich so unerwartet, so überaus lieb.“
„Sie übertrugst dich aber fragte!“

„O gewiß! — Gewiß hat Matthias von Jagow meinem Fürsten einen Dienst geleistet, der, mir unbekannt, ihn einer solchen Würde wert macht.“
„Jagow hat seinem Fürsten den Dienst geleistet, daß er einen Charakter sich bewahrt, welchen jeder ehrt, hoch und niedrig; sonst kennt ihn kein wenig.“ Er zeigt sich nicht bei Hofe.“
„So gestattet mein Fürst die Bemerkung, daß der wittenbergische Präbiter Thomas Salz, der in Alt-Brandenburg mit solchem Zulauf predigte, der sich jüngst erreicht hat, die Messe deutsch zu lesen, daß dieser Salz unter besonderem Schutze des Domherrn Jagow steht. Ja, als derselbe einen Ruf nach auswärts erhielt, hat Jagow selbst den Rat aufgefordert, den weltlichen Kanzelredner, wie er ihn nannte, der Stadt um jeden Preis zu erhalten. Es tut mir in der Seele weh, daß ich der erste sein muß, der meinem Fürsten dies mitteilt.“
„Das mag Jagow mit sich verantworten; ich verantworte es bei mir, als Fürst meines Landes, als Schirmherr meiner Kirche, wenn ich dem ungescholtenen Ehrenmann das erste Bistum meines Landes gebe. In solcher Zeit tun Ehrenmänner jedem Stande not, absonderlich dem geistlichen, wenn er mit Ehren vor dem Volke bestehen soll. Ihr seid doch auch meiner Meinung, Probst? Auf Wiedersehen!“
Dreundschaftliches Kapitel.
Zufuhr.
„Himmelstönigen! Albarthherzige! nur einen Menschen, den ich vertrauen kann!“ rief Joachim, nachdem der Probst gegangen. „Könnte ich aus Not mit einem kneeten, aber ihm einhändigen meine Seele! Möchte der törende Mund ihm fehlen, wenn ich nur in seinem Auge läse, daß er mich verstand. Herr des Himmels und der Erde! Das ist doch das wenigste, was der arme Mensch den langen kann, eine Kreatur, der er sein Herz anschliefen darf. Und Joachim von Brandenburg jendet kein Herz, keinen Kopf, er muß sich plagen mit — solchen!“
„Nicht einmal einen Arm, der redlich die Bewegungen macht die man ihm aufträgt.“ fuhr er fort, indem er das jagenstimmige Haupt auf die Stuhllehne stützte. „Auch als Katholik tanze sie nichts; ihr Kaderwert verrät durch sein Knarren jede Bewegung, die man verstehen will; und die heut voll Dienstfertig sind, wie die Meute, wenn ich sie auf das Wild loslasse, knochen morgen wie die Schmecke in ihr Haus zurück, wenn ihr Sockel und meiner um die Breite eines Haares voneinander geht.“
„Der Selbstsucht pufen und seilen sie, bis sie zu einer Tugend wie zu einem Götz, vor dem sie auf ihren Knien liegen; und die Götzenbilder tragen die heilige Kirche als götzendienlich.“
„Und vor diesem Menschengeflechte, jorderie mein ephraimischer Lehrer, sollte ich Achtung haben! Wer mag denn immer noch die Reize des Göttlichen suchen, unter dem wüsten Dünkel der Nüchternheit?“

gehört. Ich nehme als selbstverständlich an, daß es die mehren...

Ein Antrag Haase auf namentliche Abstimmung wird von der Sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft und den Sozialdemokraten unterstützt.

Abg. Haase (Soz. Arb.): Darüber, daß der Artikel 31 der Reichsverfassung sich auch auf militärgerichtliche Untersuchungs...

Lojalität erhoben wurde, und gerade in diesen Tagen ging uns der Prospekt über einen neuen Band der Geschichte des Kulturkampfes zu, in dem gesagt wird, welche Vorwürfe sich früher das Zentrum in dieser Zeit des Kampfes hat gefallen lassen müssen.

Abg. Casse (Soz.): Wir urteilen aus rein prinzipiellen Gründen. Für uns gilt der Grundsatz: gegen alle Ausnahmemaße...

Abg. Dr. Seitzel (S.): Wir wollen der Kommission etwas Vorschläge machen. Wir sind Gegner der Vorlage, wir haben dem Reichsvereinigung...

Abg. Casse (Soz.) gibt der Befugigung aus, daß die Rollen nach Inkrafttreten der Novelle genau so zu behandeln werden können wie heute.

fragen, ist eine reichere Beschäftigung nicht möglich. - Unter dem Vorsitz des Reichsvereins...

Abg. Stüdemann (Soz.) stellt an das Reichsamt des Innern die Anfrage, welche Gehälter die Beamten in den besetzten Gebieten beziehen.

Abg. Bauer (Soz.) hält es für ganz unmöglich, für alle Kriegsteilnehmer Heimstätten zu schaffen.

Abg. Gathein verlangt größere Garantien für die ausländischen Arbeiter, die gegenwärtig nicht genug geschützt sind.

Ans der Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung der zum Ende des Reichs des Jahres 1915 gebliebenen Budget wurde am Mittwoch fortgesetzt. - Abg. Dr. Füller (Zem.) begründet einen Antrag des Finanz...

Kontrollrat des Reichs: Johannes Stilling

Die Frage der Zensur ist Gegenstand der nächsten Verhandlung.